Landtag Rheinland-Pfalz
16. Wahlperiode

Vorlage 16/6454
15. Februar 2016

An die
Mitglieder
des Haushalts- und Finanzausschusses

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2014
Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 16/5252 -

hier: Protokollauszüge der um Mitberatung ersuchten Ausschüsse

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner 67. Sitzung am 17. September 2015 gemäß § 83 Abs. 3 Satz 1 GOLT beschlossen, die Ausschüsse entsprechend ihrer Zuständigkeit um Mitberatung zu ersuchen, vgl. Vorlage 16/5787.

Anliegend erhalten Sie die vom Wissenschaftlichen Dienst erbetene Zusammenstellung der Protokollauszüge der Fachausschusssitzungen.

- Wissenschaftlicher Dienst -

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2014
Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 16/5252 -

Mitberatung in den Fachausschüssen:

Ausschuss	Sitzung	Vorlage	Bemerkungen
Ausschuss für Bildung	39. Sitzung am 3. November 2015	16/5993	Kenntnisnahme
Ausschuss für Europafragen und Eine Welt	36. Sitzung am 5. November 2015	16/6005	Kenntnisnahme
Ausschuss für Gleichstellung und Frauenförderung	31. Sitzung am 1. Oktober 2015	16/5840	Bericht, Aussprache, Kenntnisnahme
Innenausschuss	59. Sitzung am 19. November 2015	16/6107	Aussprache, Zusage (Vorlage 16/6195), Kenntnisnahme
Ausschuss für Integration, Familie, Kinder und Jugend	43. Sitzung am 5. November 2015	16/6011	Kenntnisnahme
Rechtsausschuss	49. Sitzung am 5. November 2015	16/6003	Kenntnisnahme
Ausschuss für Medien und Netzpolitik	31. Sitzung am 15. Oktober 2015	16/5923	Kenntnisnahme
Sozialpolitischer Ausschuss	46. Sitzung am 1. Oktober 2015	16/5849	Bericht, Aussprache, Kenntnisnahme
Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten	48. Sitzung am 24. November 2015	16/6122	Kenntnisnahme
Wirtschaftsausschuss	41. Sitzung am 1. Oktober 2015	16/5847	Kenntnisnahme
Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur	36. Sitzung am 15. Oktober 2015	16/5916	Kenntnisnahme

Punkt 2 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2014Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 16/5252 –

dazu: Vorlage 16/5787

Der Ausschuss nimmt von dem Budgetbericht der Landesregierung – Drucksache 16/5252 – Kenntnis (vgl. Vorlage 16/5993).

Punkt 1 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2014
Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 16/5252 –

dazu: Vorlage 16/5787

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Drucksache 16/5252 – Kenntnis (siehe Vorlage 16/6005).

Punkt 2 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2014
Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 16/5252 –

dazu: Vorlage 16/5787

Frau Abg. Elsner sieht es als sinnvoll an, bei der zukünftigen Gleichstellungsdebatte die Männer vermehrt einzubeziehen. Als Voraussetzung sehe sie die Chancengleichheit bei der Bezahlung, beim Aufstieg, der Teilzeitarbeit usw. an.

Herr Rendgen (Referatsleiter im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen) berichtet, die Entwicklung und Zahlen der budgetierten Bereiche im Jahr 2014 seien aufgrund der Entwicklungen im Flüchtlingsbereich, hier hauptsächlich durch den Bereich der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Trier und Ingelheim geprägt.

Der Anstieg der Flüchtlingszahlen habe dazu geführt, dass Mitte 2014 überplanmäßige Mittelbewilligungen auch im Bereich der budgetierten Ausgaben bewilligt worden seien. Dies betreffe insbesondere den Bereich Personalkosten, 347.000 Euro zusätzlich als auch die konsumtiven und investiven Sachkosten, prognostiziert seien rund 5,5 Millionen Euro gewesen. Von den gewährten 347.000 Euro überplanmäßiger Personalmittel seien in 2014 Mittel in Höhe von rund 42.000 Euro abgeflossen. Hauptgrund hierfür sei die zeitverzögerte und schwierige Stellenbesetzung gewesen.

Eine Vorsorge im Bereich der Flüchtlinge werde mit den erhöhten Ansätzen im Nachtragshaushalt 2015 getroffen. Leistungsaufträge bestünden für den Einzelplan 07 im Bereich der Gleichstellungs- und Frauenpolitik keine, sodass hierüber auch nicht berichtet werden könne.

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung durch die Landesregierung – Drucksache 16/5252 – Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2014
Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 16/5252 –

dazu: Vorlage 16/5787

Herr Abg. Licht kommt darauf zu sprechen, auf den Seiten 14 und 15 der Drucksache 16/5252 stehe, dass zum 31. Dezember 2014 noch 18,47 Millionen Euro vorhanden seien. Da weder im konsumtiven Bereich noch im investiven Bereich für das Haushaltsjahr 2015 Ausgaben geplant seien, werfe sich die Frage auf, ob irgendwo noch diese 18,47 Millionen Euro stünden.

Einer Bitte von Herrn Abg. Licht entsprechend sagt Herr Staatsminister Lewentz zu, den Ausschuss ergänzend zu der Frage der Verwendung der Selbstbewirtschaftungsmittel, insbesondere im Hinblick auf die Planung für das Haushaltsjahr 2015, zu informieren.

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Drucksache 16/5252 – Kenntnis (siehe Vorlage 16/6107).

RheinlandPfalz
MINISTERIUM
DES INNERN, FÜR SPORT
UND INFRASTRUKTUR

Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Herrn Präsidenten
des Landtags
Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
16/6195
VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3720
Mail: Poststelle@isim.rlp.de
www.isim.rlp.de

9. Dezember 2015

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
04 6:323 RESSORTBERICHTE Bitte immer angeben!		Marc-Antonin Bleicher Marc-Antonin.Bleicher@isim.rlp.de	06131 16-3259 06131 16-17 3259

Sitzung des Ausschusses für Inneres, Sport und Infrastruktur am 19. November 2015;
Beratung des Budgetberichts der Landesregierung zum 31. Dezember 2014 (Drucksache: 16/5252 / Vorlage 16/5787)

Sehr geehrter Herr Präsident,

im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Inneres, Sport und Infrastruktur am 19.11.2015 wurden von Herrn Abgeordneten Licht (CDU) im Zusammenhang mit der Beratung des Budgetberichts (Drucksache 16/5252) die Selbstbewirtschaftungsmittel in den wissenschaftlichen Hochschulen und den Fachhochschulen (EP 9) hinterfragt. Dabei wurde insbesondere um eine Stellungnahme zum Stand der Selbstbewirtschaftungsmittel zum 31.12.2014 in Höhe von rund 18,5 Mio. Euro gebeten.
Ich habe zugesagt, namens der Landesregierung den Mitgliedern des Ausschusses für Inneres, Sport und Infrastruktur entsprechende Informationen zukommen zu lassen.

LEBENDIG. SICHER. BÜRGERNAH.

Kernarbeitszeiten
09.00-12.00 Uhr
14.00-15.00 Uhr
Freitag 09.00-12.00 Uhr

Verkehrsanbindung
ab Mainz Hauptbahnhof
Straßenbahnlinien
Richtung Hechtsheim 50,51,52

Parkmöglichkeiten
Parkhaus Schillerplatz,
für behinderte Menschen
Hofeinfahrt ISIM, Am Acker

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur (MBWWK) beantwortet die Frage wie folgt:
Mit Erlass des Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur (MWWFK) vom 12.11.2002 wurde den Hochschulen die Möglichkeit eingeräumt, nicht in Anspruch genommene Ausgabeermächtigungen am Ende des Haushaltsjahres gemäß § 15 Abs. 2 LHO in die Selbstbewirtschaftung zu buchen.
Insbesondere sollte die „Forschung und Lehre" gestärkt werden und eine überjährige Planung ohne Zeitverzögerung durch das Resteverfahren ermöglicht werden. Dies ist auch vor dem Hintergrund der dezentralen Mittelbewirtschaftung in den Hochschulen zu sehen, denn der auf den ersten Blick große Betrag zerfällt in eine Vielzahl von Lehrstuhl- und Institutsreserven, die zur flexiblen Haushaltsführung benötigt werden und nicht in einem zentralen Resteverfahren übertragen werden können. Seit der Ausgliederung der 5 Hochschulen mit Globalhaushalt, für die es das Mittel der Selbstbewirtschaftung nicht mehr bedarf, beträgt das Volumen der Selbstbewirtschaftungsmittel jeweils zum Jahresende ca. 18,5 Mio. Euro.

Mit freundlichen Grüßen

Roger Lewentz

3. **Punkt 1** der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2014
Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 16/5252 -

dazu: Vorlage 16/5787

Der Ausschuss nimmt von dem Budgetbericht der Landesregierung - Drucksache 16/5252 - Kenntnis (vgl. die als **Anlage 1** beigefügte **Vorlage 16/6011**).

4. **Punkt 2** der Tagesordnung:

Aktuelle Situation der Erstaufnahme von Asylsuchenden
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 16/5950 -

Punkt 3 der Tagesordnung:

Sachstand Erstaufnahmeeinrichtungen
Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT
- Vorlage 16/5953 -

An den Bericht von Frau Staatssekretärin Gottstein schließt sich eine Aussprache an.

Auf Bitte von Herrn Abg. Kessel sagt Frau Staatssekretärin Gottstein zu, dem Ausschuss ihren Sprechvermerk, eine Übersicht der Flüchtlingszahlen aus den Westbalkanstaaten, Zahlen zu ehrenamtlichen Helfern beim DRK und zu in Zelten untergebrachten Flüchtlingen in der Aufnahmeeinrichtung Stegskopf zur Verfügung zu stellen.

Die Anträge - Vorlagen 16/5950 und 16/5953 - haben damit ihre Erledigung gefunden.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2014
Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 16/5252 –

dazu: Vorlage 16/5787

Der Ausschuss nimmt von der Drucksache 16/5252 Kenntnis (Vorlage 16/6003).

Punkt 4 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2014
Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 16/5252 –

dazu: Vorlage 16/5787

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Drucksache 16/5252 – Kenntnis (siehe Vorlage 16/5923).

Punkt 5 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2014
Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 16/5252 –

dazu: Vorlage 16/5787

Herr Vors. Abg. Dr. Enders weist darauf hin, der Haushalts- und Finanzausschuss habe die Fachausschüsse entsprechend ihrer Zuständigkeit in seiner Sitzung am 17. September 2015 zur Mitberatung ersucht. Deshalb erkundige er sich danach, ob von den im Landtag vertretenen Fraktionen eine Aussprache gewünscht werde.

Frau Abg. Thelen legt dar, es sei ausreichend, wenn die Landesregierung auf die Themen eingehe, zu denen Fragen bestünden. Obwohl die Anzahl der erreichten Schülerinnen und Schüler deutlich zugenommen habe, sei ein Rückgang der Anzahl der Jobfüxe festzustellen. Dies könne positiv sein, aber auch bedeuten, dass man versuche, möglichst viele Schülerinnen und Schüler zu erreichen, für diese aber deutlich weniger Zeit habe. Interessant sei zu wissen, ob es sich auch in dieser Relation noch um eine vernünftige Beratung handele, die den jungen Menschen weiterhelfe.

Auch bei der Anzahl der Jugendscouts sei es zu einer deutlichen Reduzierung um 18 % und bei der Anzahl der erreichten Jugendlichen um 32 % gekommen. Die Landesregierung werde um eine Erläuterung gebeten, womit diese Entwicklung zusammenhänge.

Darüber hinaus seien die Projekte zur Verbesserung der Ausbildungschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund um 33 % und die Anzahl der erreichten Jugendlichen um 48 % zurückgegangen. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung sei man über den Rückgang sehr verwundert. Insofern werde die Landesregierung um eine entsprechende Information gebeten.

Frau Abg. Anklam-Trapp schließt sich den Ausführungen ihrer Vorrednerin an und bittet die Landesregierung, in ihren Ausführungen auch auf die Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen sowie auf die Themen Langzeitarbeitslose, Langzeitleistungsbezieher, Wiedereinstieg in den Beruf zur Bekämpfung der Armut, Fachkräftesicherung und Zusatzfachberufe einzugehen.

Frau Staatministerin Bätzing-Lichtenthäler trägt vor, die Landesregierung habe bis zum 31. Dezember 2014 339 Projekte gefördert und 46.400 Menschen erreicht. Neben den bewährten Projekten, wie die Jobfüxe, die kommunalen Jugendscouts und „Fit für den Job" und Projekten zur Verbesserung von Ausbildungschancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund, seien auch gezielt Projekte für Langzeitarbeitslose gefördert worden.

Hinsichtlich der Schuldnerberatung könne berichtet werden, dass in Rheinland-Pfalz die Träger von 52 Beratungsstellen mit Landesmitteln gefördert würden, damit diese entsprechend planen könnten. In der neuen Landesverordnung über die Anerkennung und Förderung geeigneter Stellen im Verbraucherinsolvenzverfahren vom 3. März 2015 sei in § 6 der Umfang der Landesförderung für geeignete Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen um rund 11 % auf 27.250 Euro erhöht worden. Die Förderung erfolge in Form von Festbeträgen zu den ungedeckten Fachpersonal- und Sachkosten der Beratungsstellen und gelte rückwirkend auch für das Kalenderjahr 2014 beantragte Zuwendungen.

Frau Bartelmes (Abteilungsleiterin im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie) geht auf die Jobfüxe und die Jugendscouts ein und informiert, die Jugendlichen nähmen an den Projekten freiwillig teil und seien keine Personen, die sich in anderen Projekten in festen Strukturen befänden. Da die Schülerinnen und Schüler selbst den Kontakt zu den Jobfüxen aufnähmen, seien die Zahlen seitens der Landesregierung nicht wie in einer kleinen Projektgruppe steuerbar.

Die Schwankung der Anzahl der Jobfüxe hänge auch damit zusammen, ob die Kommunen noch einen Jobfux beantragten oder nicht. Auch hätten in den vergangenen Jahren die Schulen seitens der Bundesregierung Instrumente erhalten, die denen der Jobfüxe sehr ähnlich seien. In diesen Fällen habe die Landesregierung ihr Augenmerk darauf gerichtet, bewährte Strukturen zu erhalten und an Schu-

len, an denen Jobfüxe etabliert seien, keinen finanziellen oder personellen Wechsel vorzunehmen, sondern das vom Bund für Rheinland-Pfalz zur Verfügung gestellte Kontingent über das Bildungsministerium an anderen Schulen einzusetzen, sodass es durch die Absprachen zwischen den beiden Ministerien und der ADD zu einem guten Grad an flächendeckender Verteilung komme. Deshalb könne es an unterschiedlichen Stellen zu einem Wechsel kommen.

Bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund seien bestimmte Projekte ausgelaufen und nicht wieder aufgelegt worden. Darüber hinaus habe es an anderer Stelle auch Probleme gegeben, weil die Bundesagentur für Arbeit keine Gruppengröße zusammenbekommen habe. So habe man im Großraum Mainz im Bereich des Gesundheitswesens mehrere Anläufe genommen, um jugendliche Migrantinnen für Gesundheitsberufe zu gewinnen, aber sowohl die Agenturen als auch die Jobcenter hätten keine hinreichende Anzahl von Personen benennen können, sodass Projekte nicht zustande gekommen seien.

Dies sei ein Hinweis dafür, gemeinsam mit Migrantinnen und Asylsuchenden nach längerfristigen und differenzierteren Wegen zu suchen, um sie in den Arbeitsmarkt, aber auch in das Gesundheitswesen integrieren zu können.

Der Ausschuss nimmt von der Drucksache 16/5252 Kenntnis (siehe auch Vorlage 16/5849).

48. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten am 24.11.2015
– Öffentliche Sitzung –

1. **Vor Eintritt** in die Tagesordnung:

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, den Tagesordnungspunkt

3. Netzwerk Tempo 30
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/5694 –
dazu: Vorlagen 16/5955/5956/5973/5976

abzusetzen und in der nächsten Sitzung zu beraten.

Des Weiteren beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Tagesordnungspunkte

7. a) Bericht zur Traubenlese 2015 in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6062 –

b) Erntebilanz im Weinbau
Antrag der Fraktion der SPD nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/6078 –

gemäß § 76 Abs. 2 Satz 3 der Geschäftsordnung des Landtags mit Einverständnis der Antragstellenden und der Landesregierung mit der Maßgabe für erledigt zu erklären, dass die Landesregierung dem Ausschuss schriftlich berichtet.

2. **Punkt 1** der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2014
Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 16/5252 -
dazu: Vorlage 16/5787

Der Ausschuss nimmt von dem Budgetbericht der Landesregierung – Drucksache 16/5252 – Kenntnis (siehe die als **Anlage 1** beigefügte Vorlage 16/6122).

Punkt 4 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2014
Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 16/5252 –

dazu: Vorlage 16/5787

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Drucksache 16/5252 – Kenntnis (siehe Vorlage 16/5847).

Punkt 2 der Tagesordnung:

Budgetbericht der Landesregierung zum 31. Dezember 2014
Unterrichtung durch die Landesregierung
– Drucksache 16/5252 –

dazu: Vorlage 16/5787

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Drucksache 16/5252 – Kenntnis (siehe Vorlage 16/5916).